
Dienststelle:
FD Schule und Sport

Datum:
25.06.2003

Vorlagen-Nr.:
14-729

Beratungsfolge:
Schulausschuss

Sitzungstermin:
08.07.2003

Betreff:

Modellversuch im Bereich Erziehungshilfe

Inhalt der Mitteilung:

Die Beschulung der Schülerinnen und Schüler, bei denen ein Erziehungshilfebedarf festgestellt wird, bereitet den Schulträgern in Ostfriesland zunehmend große Probleme, da die hierfür aufzuwendenden Kosten dramatisch steigen.

Im hiesigen Raum ist keine öffentliche Sonderschule für Erziehungshilfe vorhanden. Die Schüler/innen besuchen deshalb die private Schule für Erziehungshilfe des Leinerstifts in Großefehn. Hier entstehen Kosten für den Schulbesuch, für die ergänzende sozialpädagogische Betreuung und für die Schülerbeförderung.

In den letzten Jahren wird mit großer Sorge festgestellt, dass die Zahl der Schüler/innen, bei denen ein Erziehungshilfebedarf festgestellt wird, drastisch ansteigt und dies letztlich für die Schulträger zu einer Kostenexplosion führt.

Diese Entwicklung war Veranlassung der ostfriesischen Landkreise und der Stadt Emden, in einer gemeinsamen Besprechung am 07.02.2001 in Aurich die Bezirksregierung Weser-Ems mit Nachdruck darauf zu verweisen, eine vertretbare Lösung dieses Problems zu schaffen. Als Folge dieses Gespräches wurde auf Ostfrieslandsbene eine Arbeitsgruppe, in der auch die Stadt Emden mitwirkt, unter der Federführung der Außenstelle Aurich der Bezirksregierung Weser-Ems gebildet, um hierzu Lösungsvorschläge auszuarbeiten.

In mehreren Sitzungen hat die Arbeitsgruppe nunmehr ein Modell entwickelt, welches dieser Vorlage beigelegt ist (**Anlage**).

Die Bezirksregierung Weser-Ems, Außenstelle Aurich, wird für die Region Ostfriesland diesen Modellversuch, der zunächst über 3 Jahre laufen soll und das Ziel verfolgt, durch gezielten Einsatz von qualifizierten Sonderpädagogen und Sozialpädagogen eine integrative Beschulung dieser Schülerinnen und Schüler in der Grundschule sicher zu stellen, beim Nds. Kultusministerium beantragen. Die bisherigen Gespräche mit dem Ministerium sind sehr positiv verlaufen. Als Streitpunkt könnte sich jedoch die Forderung der Schulträger entwickeln, dass das Land auch die Personalkosten der sozialpädagogischen Betreuung zu übernehmen hat.

1. bekannt gegeben am:	TOP:	Paraffe der Protokollführung
------------------------	------	------------------------------